

Hauptabteilung Politik und Beratung  
Berlin, Februar 2015



 Bürgerschaftswahl Hamburg

# Bürgerschaftswahl in Hamburg

am 15. Februar 2015

Wahlanalyse

Amtliches Endergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030 26996 3506  
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung /  
Leiter Team Innenpolitik  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030 26996 3594  
nico.lange@kas.de

## 1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Bürgerschaftswahl<sup>1</sup> in Hamburg 2015

Die in Hamburg traditionell bürgerlich ausgerichtete SPD ist seit 1946 die bestimmende politische Kraft in der Hansestadt. Mit wenigen Ausnahmen stellte sie immer den Bürgermeister: Von 1953 bis 1957 regierte mit Kurt Sieveking ein CDU-Bürgermeister. 2001 konnte die CDU mit Ole von Beust den Bürgermeister stellen, 2010 gefolgt von Christoph Ahlhaus, nach dem Rücktritt von Beusts. Gleichermaßen steht Hamburg auch für eine große Mobilität im Wahlverhalten. Zweistellige Gewinne und Verluste kommen häufig vor und „kleinere“ Parteien aus dem rechten Spektrum genießen Zuspruch. Die REP scheiterten 1993 und die DVU 1997 denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde, die STATT-Partei zog 1993 mit 5,6 Prozent in die Bürgerschaft ein und 2001 konnte die Schill-Partei 19,4 Prozent der Stimmen gewinnen. Hamburg hat nach dem Einzug der AfD ein Sechs-Parteien-Parlament und wird voraussichtlich von einer Zweier-Koalition regiert werden. Dies widerspricht einigen politikwissenschaftlichen Diskursen, welche die Regierungsfähigkeit durch die wachsende Anzahl von Parteien in Parlamenten bedroht sehen.

Das Meinungsklima wies über eine lange Zeit kaum Schwankungen auf. Am Ende des Wahlkampfes hat sich das Klima jedoch verändert, wovon in erster Linie die FDP profitierte und die CDU zu leiden hatte. Dies liegt an einer kontinuierlich hohen Zufriedenheit mit der SPD-Alleinregierung. Nach den Werten von Infratest dimap ergibt sich nur kurz ein Zufriedenheitswert von unter 60 Prozent, ansonsten zeigen sich über die letzten vier Jahre etwa zwei Drittel der Hamburger mit der Arbeit des Senats zufrieden. Ein Wert, der selten von einer Landesregierung erreicht wird. Gleichermaßen wünschen sich etwa zwei Drittel der Hamburger,

---

<sup>1</sup> Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

dass auch der nächste Senat wieder von der SPD geführt wird (Infratest dimap). Dies spiegelt sich in einer polarisierten Wahrnehmung der Arbeit von Senat und Opposition wider. Der SPD-Senat wird mit sehr guten 2,1 bewertet (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). In der Opposition kommen die Grünen mit 0,8 auf einen positiven Wert, gefolgt von der CDU mit 0,3. Die FDP liegt wie die Linke bei -0,9 (Forschungsgruppe Wahlen).

Das Fehlen einer politischen Wechselstimmung ist einer weit verbreiteten Wohlfühlstimmung geschuldet. Die Ursache liegt in einer ausgesprochen positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Hansestadt. Bewerteten 2011 noch 62 Prozent die Lage in Hamburg positiv, ist der Wert im Vorfeld der Wahl auf 84 Prozent angestiegen. Und nicht nur die wirtschaftliche Lage, auch die persönliche wirtschaftliche Situation macht den Hamburgern keine Sorge. So bewerten 78 Prozent der Hamburger ihre Situation als zufriedenstellend. Dass die allgemeine Lage besser als die persönliche Situation bewertet wird, kann ebenfalls als ungewöhnlicher Faktor im Meinungsklima gelten, da es sich normalerweise umgekehrt verhält. Entspannt blicken die Hamburger auch in Zukunft. 81 Prozent erwarten entweder eine Verbesserung oder eine Stagnation ihrer Situation. Gerade einmal 17 Prozent befürchten eine Verschlechterung. Gegenüber 2010 ist dies ein Rückgang um 10 Punkte. Und über alle Parteianhängerschaften hinweg (außer bei der AfD) glauben Mehrheiten, Hamburg bewege sich in die richtige Richtung. Selbst etwa zwei Drittel der Anhänger der Oppositionsparteien CDU und Grüne sehen dies so und über die Hälfte der sonst so kritischen Anhängerschaft der Linken (Infratest dimap).

Gegenüber einer erneuten SPD-Alleinregierung sowie gegenüber einer rot-grünen Regierung hatten die Hamburger wenig Bedenken. 55 Prozent begrüßen Rot-Grün, 45 Prozent eine SPD-Alleinregierung. Eine schwarz-rote Koalition bewerten 39 Prozent positiv. Abgeschlagen mit 25 Prozent

fallen die positiven Bewertungen für eine sozialliberale und mit 22 Prozent für eine rot-rote Koalition aus (Forschungsgruppe Wahlen).

Große oder polarisierende Themen oder parteipolitische Kontroversen sind nicht erkennbar gewesen. Der Wahlkampf bewegte sich eher im Rahmen von kleineren Fragestellungen, die vor allem Bereiche der Hamburger Verkehrspolitik betrafen. Themen wie die Elbphilharmonie erregten die Hamburger nicht, wobei auch in Brandenburg im September 2014 der Flughafenbau (BER) kein das Wahlergebnis beeinflussendes Thema war. Die Verkehrslage wird im Vorfeld von 30 Prozent als wichtigstes Thema genannt, 26 Prozent sprechen das Thema Ausländer/Flüchtlinge an, 21 Prozent die Probleme des Wohnungsmarktes und der Mieten und 17 Prozent sehen im Thema Bildung/Schule das wichtigste Problem der Hansestadt. Kriminalität, Familie/Jugend/Kinder und Elbvertiefung werden von jeweils 6 Prozent genannt (Forschungsgruppe Wahlen). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Infratest dimap. Bei dem aktuellen Problem der Unterbringung der Flüchtlinge ist ein Zuwachs von 26 Prozentpunkten gegenüber 2011 auszumachen. Aber auch das Thema Verkehr hat an Bedeutung zugenommen (+11 Punkte) und das Thema Wohnen ist um 13 Punkte gestiegen. Bildungspolitische Themen haben 17 Punkte eingebüßt, arbeitspolitische 10 und wirtschaftliche Fragen 8 Punkte. Somit existieren Themen aus dem wirtschaftlichen Bereich im Prinzip nicht. In allen Fragen gilt die SPD in Hamburg als die Partei, der die Lösung der Probleme (meist mit großem Abstand) zugetraut wird. Nur in der Umwelt- und Klimapolitik wird sie von den Grünen überrundet (Infratest dimap). Das Profil der anderen Parteien ist eher schwach ausgeprägt. Bei Infratest dimap kann die CDU bei „Kriminalität und Verbrechen in Hamburg bekämpfen“ punkten, aber selbst in der Frage „die Wirtschaft in Hamburg voranbringen“ liegt die SPD vorne. Daher verwundert es auch nicht, dass die Zukunftskompetenz von 47 Prozent der Hamburger der SPD und von 15 Prozent der CDU zugesprochen wird (Forschungsgruppe Wahlen).

Dieses Bild wiederholt sich bei der Frage nach den Spitzenkandidaten. Der amtierende Bürgermeister Olaf Scholz dominiert das politische Feld. 70 Prozent wünschen ihn sich erneut als Bürgermeister, 15 Prozent hätten sich Dietrich Wersich gewünscht (Forschungsgruppe Wahlen). Dabei ist das Hauptproblem von Wersich der geringe Bekanntheitsgrad. Den CDU-Herausforderer kennen nur 39 Prozent der Hamburger, Scholz 79 Prozent. Trotz der geringen Bekanntheit, kommt Wersich auf einen Imagewert von 0,6<sup>2</sup>, in den eigenen Reihen auf 2,6 und auch bei den Anhängern der FDP auf gute 1,8 (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch in einer anderen Umfragemethode von Infratest dimap, bei der nach Zufriedenheit mit den Politikern gefragt wird, kämpfen alle Politiker mit dem Problem, dass sich die Bürger nicht zutrauen, sie zu bewerten. So können 60 Prozent mit Katharina Fegebank von den Grünen, 53 Prozent mit Dietrich Wersich und 46 Prozent mit Katja Suding von der FDP nichts anfangen. Alle drei kommen bei etwa einem Fünftel der Hamburger auf eine positive Beurteilung. Dies sind ungewöhnlich niedrige Werte, da Befragte häufig auch eine Meinung zu Personen äußern, die sie nicht näher kennen. Gleichermäßen profitiert Scholz von einem guten Image. 83 Prozent der Hamburger sind der Meinung, dass er seine Sache gut mache, und dieses positive Image wird in allen Anhängerschaften mehrheitlich geteilt (Forschungsgruppe Wahlen). Womöglich haben die Hanseaten in den letzten vier Jahren ihre Aufmerksamkeit stark auf den Bürgermeister konzentriert.

Galt bis in die 80er Jahre hinein noch das (zugegeben etwas grobschlächtige) Motto, dass das letzte Wahlergebnis das aktuelle am besten vorhersagt, so hat dieses „Gesetz“ längst keine Gültigkeit mehr. Konnten früher noch Parteien Wahlen gewinnen, können dies heute Kandidaten für ihre Parteien. Generell kann man als stabilen Trend erkennen, dass die Partei am besten abschneidet, deren Spitzenkandidat

---

<sup>2</sup> Der Spitzenkandidat der CDU 2001, Christoph Ahlhaus lag bei -0,6.

die beste Bewertung erhält. Auch wenn dies natürlich nicht automatisch in eine Machtoption mündet. Gleichmaßen zeigt sich immer häufiger, dass in den Ländern<sup>3</sup> (meist der Amtsinhaber) die politische Aufmerksamkeit fast vollständig absorbiert. In diesen Fällen drückt sich das „Highlander-Prinzip“ („es kann nur einen geben“) nicht nur in der Kandidatenpräferenz aus, sondern wirkt sich auf die Bewertung aller anderen Politiker aus. Auch auf die, welche das Ministerpräsidentenamt nicht anstreben. Selbst in der Zufriedenheit kommt kein anderer Politiker auch nur in die Nähe des Amtsinhabers.

Die Bedeutung von Kandidaten sollte nicht (mehr) unterschätzt werden. Mit dem Schwinden der Stammwählerschaften orientieren sich immer mehr Wähler am politischen Personal und weniger an den politischen Details. Darauf könnten Daten einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Hinweis geben. Bei den zehn Kommunalwahlen<sup>4</sup>, die 2014 gleichzeitig mit der Europawahl stattfanden, wurde nach spezifischen kommunalpolitischen Wahlmotiven gesucht. Und hier zeigt sich eine sehr starke Personalisierung. Wenn es um eine Bürgermeisterwahl geht, ist den Wählern die dahinter stehende Partei weitgehend egal. So sagen 57 Prozent, der Kandidat sei für sie wichtiger gewesen, gerade einmal 33 Prozent nennen die Partei/Liste. Befragte, die angeben, über eine längerfristige Parteibindung zu verfügen, geben sogar überdurchschnittlich häufig an, dass ihnen der Kandidat wichtiger sei als die Partei. Und wer sich politisch stark interessiert, neigt ebenfalls eher zur Orientierung an Kandidaten. Damit ist die personalisierte Wahlentscheidung nicht automatisch mit einer Entpolitisierung der Wählerschaft oder gar einer willkürlichen Entscheidung der parteipolitisch Ungebundenen gleichzusetzen.

---

<sup>3</sup> Zum Beispiel bei den Landtagswahlen 2014 in Sachsen und Brandenburg.

<sup>4</sup> Insgesamt wurden 1503 Personen telefonisch aus den Ländern befragt, in denen Kommunalwahlen stattfanden. Die Umfrage fand vom 26. Mai (also unmittelbar nach der Europawahl und den Kommunalwahlen) bis zum 10. Juni statt. Die Kommunalwahlen fanden in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen (Wahlalter 16 Jahre) und Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland (Wahlalter 18 Jahre) statt.

Insgesamt ist in Hamburg eine „Wohlfühlstimmung“ erkennbar. Man ist zufrieden mit dem was man hat, große Kontroversen gibt es nicht, das politische Personal gibt keinen Anlass zur Kritik und eine positive wirtschaftliche Grundstimmung trägt dies alles. Rückschlüsse auf den Bund oder auf andere Wahlen lassen sich nicht ziehen. Wie bei allen anderen Wahlen, gelten jeweils spezifische Bedingungen, die nicht übertragbar sind. So sagen auch 76 Prozent der Hamburger, dass die Politik in Hamburg wichtiger für ihre Wahlentscheidung sei als die Politik im Bund (Forschungsgruppe Wahlen).

## 2. Das Abschneiden der Parteien<sup>5</sup>

Das **Wahlrecht** hat sich in Hamburg erneut geändert. Die Bürgerschaft besteht aus 121<sup>6</sup> Sitzen, von denen jetzt 71 Mandate in 17 Mehrmandatswahlkreisen über offene Listen vergeben werden. 50 Mandate werden über offene Landeslisten der Parteien vergeben. Je nach Größe der 17 Wahlkreise können zwischen drei und fünf Sitze vergeben werden. Diese Legislaturperiode wird zum ersten Mal fünf Jahre umfassen. Das Wahlalter wurde von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Jeder Wähler hat zehn Stimmen. Davon können fünf auf die Kandidaten im Wahlkreis und 5 Stimmen auf die Kandidaten der Landeslisten verteilt werden. Dabei ist es jeweils möglich, die Stimmen beliebig aufzuteilen (entweder auf einen oder mehrere Kandidaten oder auf eine oder mehrere

---

<sup>5</sup> Vorläufiges amtliches Endergebnis. Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.

Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Bürgerschaftswahl 2011. Da die Wählerströme gelegentlich sehr klein ausfallen, werden hier nur die größten Bewegungen berichtet. Genaue Angaben befinden sich im Anhang.

<sup>6</sup> Überhang- und Ausgleichmandate sind möglich. Ebenso wird die Sitzzahl um einen Sitz vergrößert, wenn es durch den Einzug von Einzelbewerbern oder Kandidaten, deren Partei nicht die Fünf-Prozent-Hürde erreicht hat, die aber dennoch ein Mandat im Wahlkreis erhalten, zu einer geraden Sitzzahl kommt. Damit soll eine Pattsituation in der Bürgerschaft vermieden werden.

Parteien). Zunächst werden die Listenstimmen ausgezählt, anschließend die Kandidatenstimmen.

Auch wenn eine Partei nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kommt, ist es möglich, dass sie Mandate erhält: Die Wahlkreissitze werden an die Bewerber mit den meisten Stimmen vergeben.<sup>7</sup> Dadurch können sowohl Einzelbewerber als auch Kandidaten von Parteien in die Bürgerschaft einziehen, welche die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen.

Exakte Prognosen sind daher unmittelbar nach der Wahl schwierig. Abweichungen vom Ergebnis sind den Meinungsforschungsinstituten nicht anzulasten. Bis zum endgültigen Endergebnis kann es noch zu Veränderungen kommen, die sogar mehrere Prozentpunkte betragen können. Es kann einige Tage dauern, bis feststeht, welche Kandidaten ein Mandat erhalten.

Die Stimmen, welche die Parteien erhalten, sind nicht mit der Wähleranzahl gleichzusetzen, da jeder Wähler bis zu 10 Stimmen verteilen kann. Von den Möglichkeiten des Stimmensplittings haben 16 Prozent der Wähler Gebrauch gemacht (Infratest dimap).

Die **SPD** verliert 2,8 Punkte und kommt auf 45,6 Prozent. Das entspricht einem Verlust von 56.530 Stimmen. Die SPD kann von der CDU 8.000 Wähler mobilisieren, an die AfD gibt sie 7.000 Wähler ab. Weitere 4.000 Wähler verliert sie an die Linke. Die SPD verliert bei jüngeren Wählern Unterstützung, gewinnt jedoch über 60-jährige Wähler hinzu.

Durch den Einzug der AfD hat sie ihre absolute Mehrheit verloren und benötigt einen Koalitionspartner. Allerdings ist das gute Abschneiden der SPD nicht auf den Bund übertragbar, sondern auf die spezifische

---

<sup>7</sup> Für die Vergabe der Wahlkreissitze sind zunächst die kumulierten Wahlkreisstimmen aller Bewerber einer Partei im Wahlkreis ausschlaggebend. Auf dieser Basis werden die Mandate dann den Parteien zugeteilt. Diese werden anschließend den Bewerbern der Partei in Reihenfolge ihrer Personenstimmen zugeteilt.

Hamburger Konstellation zurückzuführen. So erhält die Hamburger SPD einen Wert von 2,7 die Bundespartei von 2,0 (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **CDU** verliert 6,0 Punkte und wird von 15,9 Prozent der Wähler unterstützt. 192.428 Stimmen büßt sie ein. Die CDU gibt an alle Parteien (außer an die Linke) Wähler ab. 9.000 ehemalige CDU-Wähler entscheiden sich für die FDP, jeweils 8.000 für die SPD und die AfD. 3.000 ehemalige CDU-Wähler bleiben zu Hause. Die CDU hat überdurchschnittliche Verluste bei älteren Wählern, auch wenn sie in dieser Gruppe noch am besten abschneidet.

Dennoch hat sich das Ansehen der CDU gegenüber der Vorwahl deutlich verbessert. Hatte die CDU bei der Vorwahl einen Imagewert von -0,6 kommt sie 2015 auf 0,5. Allerdings wird die Hamburger CDU damit deutlich schlechter als die Bundespartei bewertet, die aktuell bei 1,7 liegt (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **Grünen** gewinnen einen Prozentpunkt hinzu und können 12,3 Prozent der Stimmen gewinnen. Dies sind 48.211 Stimmen mehr als bei der Vorwahl. Die Grünen verlieren an die Linke 4.000 Wähler.

Sie profitieren von einer relativ guten Bewertung ihrer Oppositionsarbeit (0,8; Forschungsgruppe Wahlen). Dies ist der beste Wert einer Oppositionspartei. Im Bereich der Umwelt- und Verkehrspolitik verfügen die Grünen zudem über ein eigenständiges Kompetenzprofil.

Die **FDP** kann 0,8 Punkte hinzugewinnen und 7,4 Prozent erreichen. Dies sind 33.032 Stimmen mehr als 2011. Die FDP gewinnt von der CDU 9.000 Wähler und von der SPD 2.000. 4.000 ehemalige Wähler votieren für die AfD. Mit Ausnahme einer überdurchschnittlichen Zustimmung bei Selbstständigen und älteren Männern ist die Sozialstruktur der FDP-Anhänger wenig auffällig.

Die Bewertung von Partei, Arbeit im Senat und der Spitzenkandidatin unterscheiden sich deutlich. Positiv wird lediglich Katja Suding bewertet, die insgesamt auf 0,1 kommt. Innerhalb der Anhängerschaft der FDP erhält sie sogar den sehr guten Wert 3,2. Gleichmaßen genießt sie in der CDU-Anhängerschaft Ansehen, in der sie auf 1,2 kommt. Die FDP selbst kommt auf -0,8 und die Arbeit in der Opposition erhält -0,9 (Forschungsgruppe Wahlen). Bereits bei anderen Wahlen ist es der FDP gelungen, sich mit einer personalisierten Kampagne vom Bundestrend abzukoppeln (Nordrhein-Westfalen; Schleswig-Holstein).

Die **Linke** gewinnt 80.139 Stimmen hinzu, was 2,1 Punkten entspricht. 8,5 Prozent der Hamburger Wähler entschieden sich für die Partei. Die Linke kann sowohl von der SPD als auch von den Grünen jeweils 4.000 Stimmen gewinnen. Gegen den Trend kann sie 3.000 Wähler aus dem Nichtwählerlager mobilisieren. Die Linke gewinnt vor allem bei jüngeren Wählern Stimmen.

Die Linke findet vor allem in der (wenn auch kleinen Gruppe der Unzufriedenen Unterstützung. Hier entscheiden sich 18 Prozent für die Partei (Infratest dimap).

Die **AfD** kann mit 6,1 Prozent in das Parlament einziehen. Sie gewinnt von der CDU 8.000 und von der SPD 7.000 Stimmen. Weitere 4.000 Wähler kommen von der FDP. 8.000 Nichtwähler kann die Partei mobilisieren. Der größte Zustrom mit 9.000 Stimmen kommt aus dem Lager der „sonstigen“ Parteien. Die Zusammensetzung der Wählerströme erinnert stark an die Schill-Partei. Diese konnte 2001 von der CDU (37.000), der SPD (36.000), dem Nichtwählerlager (31.000) und von den „sonstigen“ Parteien (38.000) Wähler mobilisieren. Die AfD wird überdurchschnittlich häufig von Männern, Arbeitern und Wählern mit einem mittleren Bildungsniveau unterstützt.

Wie auch bei anderen Wahlen polarisiert die AfD stark. Insgesamt erhält sie einen Wert von -2,9. Keine Partei wird so negativ bewertet. Lediglich in der eigenen Anhängerschaft kommt sie auf 2,5. 43 Prozent der Wähler der Partei geben an, sie als Denkwahl für andere Parteien zu wählen, 57 Prozent nennen die politischen Inhalte. 43 Prozent der Anhänger sind zudem der Ansicht, dass die Wahl so unwichtig sei, dass man mal eine andere Partei wählen könne (insgesamt 12 Prozent). Damit sind Protestmotive ausgesprochen stark innerhalb der Anhängerschaft verbreitet (Forschungsgruppe Wahlen). Zudem fallen die AfD-Anhänger auch durch spezifische Einstellungen auf: Während 27 Prozent aller Befragten der Ansicht sind, dass die vielen Flüchtlinge für Hamburg nicht länger verkraftbar seien, sagen dies innerhalb der AfD-Anhängerschaft 78 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Ähnlich wie die Anhängerschaft der Linken sind sie unzufriedener mit der wirtschaftlichen Lage. Während 84 Prozent der Hamburger mit der wirtschaftlichen Lage zufrieden sind, waren es bei der AfD und der Linken etwa zwei Drittel. Die AfD-Anhänger bewerten ihre eigene wirtschaftliche Lage auch schlechter als alle anderen. Während 78 Prozent ihre persönliche wirtschaftliche Situation positiv bewerten, sagen dies 52 Prozent der AfD-Anhänger (Infratest dimap).

Die **Wahlbeteiligung** ist geringfügig um 0,8 Punkte auf 56,5 Prozent gesunken. Allerdings ist die Wahlbeteiligung nicht direkt mit der Vorwahl vergleichbar, da das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesunken ist. Erfahrungsgemäß ist die Wahlbeteiligung proportional: Je jünger die Wähler, desto niedriger. Die Differenz zwischen dem Wahlkreis mit der höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung liegt bei 28,5 Punkten<sup>8</sup>.

Dies ist zwar die schwächste Wahlbeteiligung bei einer Bürgerschaftswahl in Hamburg, jedoch gab es bei Landtagswahlen auch noch niedrigere

---

<sup>8</sup> Alstertal-Walddörfer 70,7 Prozent; Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder 42,2 Prozent.

Wahlbeteiligungen. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg, Thüringen sowie der Europawahl war die Wahlbeteiligung niedriger als in Hamburg. Vor dem Hintergrund der hohen Zufriedenheit, einer fehlenden Wechselstimmung, einem Wahlkampf ohne politische Auseinandersetzungen und dem Gefühl, dass die Wahl so ausgehen werde, wie man es sich erhofft, ist die Wahlbeteiligung fast als hoch zu bewerten.

Aktuell verliert die SPD 4 Mandate und wird 58 Abgeordnete in die Bürgerschaft entsenden. Die CDU büßt 8 Mandate ein und erhält 20 Sitze; die FDP erhält wie vorher 9 Mandate, die Grünen gewinnen einen Sitz hinzu und werden 15 Abgeordnete entsenden, die Linke gewinnt 3 Mandate hinzu und wird 11 Sitze erhalten und die AfD wird 8 Parlamentarier stellen.

### **3. Die CDU in Großstädten<sup>9</sup>**

Seit geraumer Zeit wird dem Abschneiden der CDU in Großstädten eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da einige Bürgermeisterwahlen für die CDU verloren gingen. Aus empirischer Perspektive ist es hingegen schwer, wenn nicht gar unmöglich, von spezifischen Problemen der CDU in Großstädten zu sprechen. Zum einen ist festzuhalten, dass in der gesamten Wahlforschung eine entsprechende Fragestellung schlicht nicht existiert. Wird in einer Analyse mehr als nur nach der Erklärungskraft der Gemeindegröße gefragt, verliert diese gegenüber anderen Erklärungsfaktoren rasch an Bedeutung. Generell weisen Großstädte in Deutschland (und damit sind Städte über 400.000 bzw. 500.000 Einwohner gemeint) einige Ähnlichkeiten auf. Sie liegen eher im nördlichen Gebiet der Bundesrepublik. In großen Städten fällt die Kirchengangshäufigkeit niedriger aus, der Arbeiteranteil ist ebenso wie der

---

<sup>9</sup> Die Graphiken befinden sich im Anhang.

Anteil der Dienstklasse erhöht. In Großstädten leben mehr Ledige und das Bildungsniveau liegt über dem Durchschnitt. Durch das Nord-Süd-Gefälle bei den Großstädten ist der Anteil der Katholiken unterdurchschnittlich. Kurzum: alles keine Faktoren, welche jemals Hochburgen der Union beschrieben haben.

Betrachtet man alle Bundestagswahlen nur seit 1990, ist der Trend für alle Parteien einheitlich. Die CDU schneidet umso besser ab, je niedriger die Bevölkerungsdichte ist. Bei der SPD und den Grünen verhält es sich umgekehrt. Bei der FDP ist kein Zusammenhang erkennbar. Doch unabhängig von dem größeren oder kleineren Wählerreservoir verlieren und gewinnen die Parteien in allen Gruppen etwa gleich.

Die langfristige Betrachtung nach Bevölkerungsdichte zeigt, dass unterschiedlich große „Sockel“ für Parteien existieren. Auch wenn es gelegentlich Ausnahmen gibt, ist der Befund recht stabil: Wenn eine Partei verliert, dann verhältnismäßig gleichförmig in allen Gruppen, wenn sie gewinnt, findet sie auch überall mehr Zuspruch. Nur das Ausgangsniveau ist unterschiedlich. Man könnte auch sagen, die Wähler fahren im Aufzug rauf und runter. Nur bei manchen Wählern startet der Parteiaufzug in einer höheren Etage. Eine spezifische Großstadtwahl ist also nicht auszumachen.

Für das jeweilige Abschneiden einer Partei bei einer Wahl gibt es sicher viele sehr unterschiedliche Gründe. Selbst jede Wahlebene hat ihre spezifische Motivlage. Das Merkmal „Großstadt“ hat hingegen keinen eigenständigen Erklärungsfaktor.